

Wohnen und Rente

Zur Weiterleitung an den PV und die Bundestagsfraktion

Der Kreisparteitag der SPD begrüßt ausdrücklich die politischen Initiativen von SPD-Vertretern auf Bundesebene zu Wohnungspolitik und zur Sicherung der Rentenniveaus bis 2040.

Nachdem die politische Agenda in den vergangenen Jahren allzu sehr von lähmenden Diskussionen um Zuwanderung und mögliche Folgen bestimmt war, wird mit den o.g. Themen nunmehr eine Fokussierung auf genuin sozialdemokratische Themen geleistet und eine Diskussion über die neue soziale Frage im Sinne einer notwendigen Neujustierung von politischen Lösungen für eine zukunftssichere Gestaltung der Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft angestoßen.

Für die weitergehenden Erörterungen im Rahmen der Umsetzungen regen wir an, dass

1. in den Diskussionen um ein gesichertes Rentenniveau bis 2040 zum einen spezifische Belastungsfaktoren besonders belasteter Berufsgruppen (wie z.B. in der Bauwirtschaft oder in Pflegeberufe) Berücksichtigung finden, zum anderen die Überlegungen um ein gesichertes Rentenniveau nicht isoliert geführt werden, sondern in ein Konzept für die zukünftige Entwicklung und Finanzierung des Sozialstaats eingebunden und in diesem Zusammenhang insbesondere auch anderweitige Finanzierungsinstrumente aus Steuermitteln für eine Refinanzierung der sozialstaatlichen Leistungen (wie z.B. durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer) diskutiert werden.
2. im Rahmen der wohnungswirtschaftlichen Initiativen unter Verweis auf die in Art. 14 Abs. 2 GG verankerte Sozialpflichtigkeit des Eigentums umgehend gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die spekulativen Bodenwertzuwächse einzudämmen und für die Kommunen Verfahren und Instrumente zur Besteuerung spekulativer Bodenwertzuwächse und zur Erhebung einer Planwertausgleichsabgabe (etwa in Form einer Grundsteuer C für unbebaute baureife Grundstücke) vorzusehen.